58. Hat ein Förster kraft der ihm anvertrauten Obhut den Gewährsam der Bestandteile oder Erzeugnisse des Waldes? Unterschlagung oder Diebstahl desselben an dem geschlagenen Holze.
St.G.B. §§. 242, 246, 350.

II. Straffenat. Ur. v. 2. Dezember 1881 g. W. Rep. 2514/81.

I. Landgericht Graudenz.

Aus den Gründen:

Begründet ist der Angriff der Revision, welcher Verletzung des zur Anwendung gebrachten §. 350 St.G.B.'s deshalb behauptet, weil sich aus den festgestellten Thatsachen nicht ergebe, daß Angeklagter den Gewahrsam der unterschlagenen Hölzer gehabt habe. Diese ihre Annahme gründet die Strafkammer anscheinend allein auf die Thatsache, daß Angeklagter als städtischer Förster angestellt worden, möglicherweise auch auf den Umstand, daß er das Holz den Arbeitern, welche es geschlagen und zugerichtet hatten, abgenommen gehabt. Die Anstellung als Förster und die Einführung in ein solches Amt entzieht aber an sich dem Dienstherrn nicht die physische Möglichkeit, über den Wald und die Erzeugnisse desselben mit Ausschluß anderer zu verfügen, gewährt also dem Förster zwar die Obhut, aber weder den Besitz noch den Gewahrsam des Waldes oder der Bestandteile desselben. An diesem Verhältnisse wird durch die Lostrennung der Bäume vom Stamme und die Zurichtung der Hölzer seitens der mit diesen Verrichtungen beauftragten Arbeiter, sowie durch die Abnahme der Hölzer seitens des Försters nichts geändert, denn ohne weiteres erlangen diese Arbeiter nicht den Gewahrsam der Hölzer, sind also nicht in der Lage, den Gewahrsam auf den Förster zu übertragen. Übrigens ist unter der im Urtheil erwähnten Abnahme der Hölzer wohl nur eine Gutheißung der gelieferten Arbeit, nicht eine Übergabe der Hölzer gemeint. Danach ergibt sich aus dem im Urtheile für erwiesen erachteten Thatbestande nicht, daß Angeklagter vor der ihm zur Last gelegten Wegnahme des Holzes den Gewahrsam desselben gehabt habe. Dieses Thatbestandsmerkmal des §. 350 St.G.B.'s ist daher rechtsirrtümlich festgestellt.

Die Freisprechung des Angeklagten gemäß §. 394 St.B.O. konnte nicht erfolgen, einmal weil die Möglichkeit nicht abzuweisen ist, daß die Strafkammer nur durch ihren Rechtsirrtum sich habe abhalten lassen, besondere Umstände, welche die Annahme einer Unterschlagung begründen könnten, in Betracht zu ziehen, sodann aber auch, weil noch nicht geprüft ist, ob eventuell nicht der Thatbestand des Diebstahles für vorliegend anzunehmen ist.